



Symbolische Orientierungsleistungen und -erwartungen in postsowjetischen Gesellschaften

Workshop des Kompetenznetzes

„Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus“

in der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien, Maria-Theresia-Str. 21,
München, Tel. 089 2180 9596

Programm (Stand: 17.11.2014)

Freitag, 21.11.2014

14:15 Begrüßung und Einleitung

Martin Brusis

14:30 Christian Haerpfer (Aberdeen): Befunde der Politischen Kultur-Forschung zu den
postsowjetischen Staaten

Martin Schulze Wessel / Philipp Bürger (LMU München): Kontinuitäten und Diskon-
tinuitäten in Russland

16:30 Pause

17:00 Oleksandr Zabirko (WWU Münster): Das Konzept „Russkij mir“

Thomas Bremer (WWU Münster): Die religiöse Dimension der Konzeption des
„Russkij mir“

Alfred Sproede (WWU Münster): Святая Русь. Zur Rhetorik und Topik des russi-
schen Neo-Traditionalismus (anhand der Studien von Alain Besançon)

Samstag, 22.11.2014

9:00 Joachim Zweynert / Ivan Boldyrev (Universität Witten/Herdecke): Aktuelle ökonomi-
sche Diskurse in Russland

11:00 Pause

11:30 Interne KomPost-Besprechung

13:00 Mittagsbuffet

Symbolische Orientierungsleistungen und -erwartungen in postsowjetischen Gesellschaften

Empirische Studien zur Politischen Kultur in Russland und anderen postsowjetischen Staaten haben beobachtet, dass politische Meinungen und Präferenzen stärker durch Wertvorstellungen geleitet werden als durch persönliche Alltagserfahrungen oder ökonomische Interessen. Dieses Phänomen wurde damit erklärt, dass viele Bürger/-innen die materiellen Konsequenzen ihrer Wahlentscheidungen nicht antizipieren können, da keine politischen Parteien mit kohärenten Programmen und klaren Handlungsalternativen existieren. Stattdessen dominiere die Polarität von Staatsmacht und Opposition. Nach dem Ende des staatssozialistischen Systems herrsche große Unsicherheit über gesellschaftliche und politische sowie nationale und moralische Leitbilder; zudem sei die politische Agenda durch Grundsatzfragen statt durch inkrementale Adjustierungen wie in den westlichen Demokratien geprägt.

Diese Erklärungsansätze legen die Vermutung nahe, dass instabile intermediäre Institutionen auch die politischen Eliten veranlassen, ihre öffentliche Kommunikation an Wertvorstellungen statt an pragmatischen Gesichtspunkten oder Zweckmäßigkeiten auszurichten. Die symbolischen Orientierungsleistungen der Eliten scheinen insofern mit den Orientierungserwartungen in der Bevölkerung verbunden.¹

Seit etwa 2012 lassen sich in Russland jedoch zwei Veränderungen feststellen. Zum einen formierte sich eine breite Protestbewegung, die von vielen Beobachtern als Repräsentation der neuen urbanen Mittelschichten bestimmt und damit als unterscheidbare gesellschaftliche Gruppe mit relativ homogenen Wertvorstellungen verortet wurde. Zum anderen bezog sich der russische Präsident in seinen programmatischen Reden in größerem Maße als früher auf die russische Nation, Tradition und Identität. In dieser Kontinuität wurde die Annexion der Krim als patriotischer Akt nationaler Gerechtigkeit dargestellt und von vielen befragten Russen/-innen begrüßt.

Der Workshop soll vor diesem Hintergrund das Verhältnis von symbolischen Orientierungsleistungen und -erwartungen diskutieren. Bezeichnen die Veränderungen seit 2012 das Ende der postsowjetischen Übergangszeit verunsicherter Leitbilder und die institutionelle Konsolidierung eines autoritären Regimes? Oder setzen sie die wertlastige Kommunikation fort, die schwache Institutionen ersetzte? Falls diese Kontinuität überwiegt, wie reflektieren konservativ-nationalistische Rhetorik und Politik die zunehmende Differenzierung und Pluralisierung der russischen Gesellschaft? Inwieweit reagieren der Präsident und die herrschende politische Elite auf veränderte Orientierungserwartungen in der Bevölkerung und inwieweit versuchen sie diese zu transformieren? Mit welchen Methoden lässt sich das Verhältnis von symbolischen Orientierungsleistungen und -erwartungen erforschen?

Organisation: Dr. Martin Brusis, Tel. 089 2180 9066

¹ „Governmental cultures survive because leaders continue to uphold the founding principles while revising them to suit the times—and simultaneously producing what the public comes to desire. Persistence of institutions requires occasional adjustment, and leaders must persuade relevant actors that change will best maintain the institution.” Margaret Levi: Why We Need a New Theory of Government, Perspectives on Politics, 4 1/2006, 11.